

Bahn



Wer demnächst den Zug nach nirgendwo nicht verpassen will, sollte aufpassen, da die Abfahrtszeiten etlicher Züge sich geändert haben

Seite 2

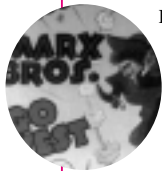
Hochschule



Seit Jahren gibt es an der RUB ein lobenswertes Austauschprogramm mit Studis aus Polen. Reisebericht und mehr auf

Seite 3

Burschis



Da sich in der BRD immer weniger Dummis für Verbindungen interessieren, wollen diese das Mensuren schlagen nach Osteuropa exportieren

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Wahl der ProrektorInnen Sein oder nicht Sein, das ist hier die Frage

Nachdem Herrn Professor Wagner die Ehre zuteil wurde, unsere wunderschöne Uni als Rektor zu führen, bestand seine erste für alle sichtbare Amtshandlung darin, sich sein ProrektorInnen-Team zusammenzustellen. Über die KandidatInnenvorstellung am 12. Dezember 2002 wurde an prominenter Stelle bereits berichtet – die KandidatInnen waren also den beteiligten Gruppen soweit bekannt. Eine Woche darauf (am 19. Dezember 2002) sollten diese in der Senatsitzung nur noch bestätigt werden.

In den Jahren zuvor eigentlich eine Formsache – an diesem Donnerstag sollte allerdings alles anders sein. Um es kurz zu machen: Nur Frau Professorin Ott konnte aus ihrem Titel „designierte Prorektorin für Lehre“ ein Wort streichen. Die beiden anderen Kandidaten (Matthias Drieß für Struktur und Finanzen und Jörg Thomas Epplen für Forschung und Wissenschaft) sind durchgefallen, obwohl

Wagner zuvor noch betont hatte, wie wichtig ihm dieses Team sei und dass er bei der KandidatInnenwahl schon das Richtige gedacht habe. Nun bleiben ihre Posten also unbesetzt und werden kommissarisch von den „Vorgängern“ weiter betreut. Von umzusetzenden Visionen wird wohl zunächst noch weiter Abstand genommen werden müssen.

Wie aber kam es zu dem Ergebnis, dass der Rektor in der Rubrik „Niederlagen“ verbuchen muss? Zunächst zum Wahlmodus: Es gab pro KandidatIn maximal drei Wahlgänge. In einem davon sollte er/sie mindestens die absolute Mehrheit von 13 Stimmen bekommen; falls nicht, gelte die Wahl als abgeschlossen und der Posten bleibt (vorläufig) nicht besetzt. Die KandidatInnen mussten sich getrennt dem „Wahlvolk“ stellen.

15 Finanz bis zur Wahl, aber ohne Joker

Zuvor gab es eine Fragerunde durch die Senatsmitglieder. Im Nachhinein zeichnete sich der Wahlausgang da schon ab. Frau Ott musste sich nicht einer Frage stellen, während die beiden Kollegen durchaus intensiv, aber kurz, zu Punkten der Mittelverteilung und wissenschaftlicher und programmatischer Schwerpunktsetzung interviewt. Natürlich wollten

die Wähler wohl auch belogen werden, weshalb Aussagen in Richtung „es gibt nur zu verteilen, wenn was da ist, aber über die Verteilungsschlüssel könne man noch sprechen“, nicht auf allzu verständnisvollen Boden stießen.

Epplen bekam das als erster zu spüren. Er musste alle drei Wahlgänge über sich ergehen lassen mit dem Ergebnis, dass er gehen konnte. Es war ihm nicht vergönnt, mehr als elf Ja-Stimmen auf sich zu vereinen, trotz des Wortbeitrags des Rektors nach dem zweiten Wahlgang, der noch einmal auf die Wichtigkeit der Bestätigung hinwies. Epplen verließ nach der Niederlage sofort vorlos den Saal. Frau Ott konnte schon im ersten Wahlgang mit 23 Ja und zwei Enthaltungen Glückwünsche entgegennehmen. Drieß hatte gar nicht erst die Nerven, sich allen drei Wahlgängen zu stellen. Nachdem er im ersten schon 14 Nein-Stimmen (zehn Ja; eine Enthaltung) akzeptieren musste, zog er seine Kandidatur mit den Worten „Ich habe viel daraus gelernt, Sie hätten

es lieber konturlos“ zurück. Auch er verfolgte die Sitzung nicht weiter.

Nach Meinung einiger Senatsmitglieder war einer der Hauptgründe für die Niederlage die als mangelhaft empfundene Kommunikation zwischen KandidatInnen und WählerInnen. Das Rektorat bzw. die Kandidaten hatten sich vorab zu wenig um die Bildung von Mehrheiten unter den nicht-professoralen Statusgruppen (Studis, Mittelbau, technisches und Verwaltungs-Personal) bemüht; die studentischen Senatsmitglieder z.B. hatten die schriftlichen Selbstdarstellungen viel zu spät erhalten, so dass der Eindruck entstehen konnte, die KandidatInnen waren sich ihrer Sache zu sicher.

Wer will noch mal?

Vielleicht wollte der Senat auch die Muskeln spielen lassen und

sie vollkommen unerwartet, sich Menschen auf die Fahrbahn setzen. Spätestens hier hätte der Naziaufmarsch von dem verantwortlichen Einsatzleiter beendet werden können.

Die Polizei zog es vor, die friedlich auf der Straße sitzenden Menschen brutal zur Seite zu zerren, um für die Faschos eine Gasse freizuräumen. Als die Nazis vorbeizogen, flogen ihnen Teile der Samstagsmarkteinkäufe um die Ohren. Bei einem erneuten Blockadeversuch in der Nähe des Planetariums wurden 20 SchülerInnen unter dem absurden Vorwurf, Pflastersteine gesammelt zu haben, eingekesselt und bis zum Ende der Nazidemstration festgehalten. Dass dieser Vorwurf konstruiert wurde, lässt sich leicht daran erkennen, dass die Jugendlichen ohne Verfahren wieder freigelassen wurden. Trotzdem beharrt die Polizei in ihrer Pressemitteilung auf diesem erfundenen Vorfall. Konstruierte Gewalttaten sind in Polizeiberichten keine Seltenheit, dienen sie doch der Rechtfertigung polizeilicher Übergriffe und dem weiteren Ausbau des Repressionsapparats.

Am Bahnhof spielten sich nach Beendigung des Naziaufmarsches beängstigende Szenen ab. Nachdem die Nazis mit der Straßenbahn 308/318 dorthin gekarrt worden waren, wurden sie von der Polizei zunächst in der Straßenerunterführung festgehalten. Dabei gingen trotz eigentlich vorhandener Polizeisicherung Nazis auf Antifaschi-

stInnen los, die sich nur noch durch Wegrennen in Sicherheit bringen konnten.

Nachdem die Polizei die Bahnhofshalle geräumt hatte, wurden die Faschos mitten durch den Bahnhof geführt. Zufällig anwesende PassantInnen, darunter GegendemonstrantInnen und MigrantInnen, wurden beschimpft, angespuckt, abgefilmt. Während anwesende PolizistInnen noch Menschen, die den Nazis einen ausgestreckten Mittelfinger zeigten, wegen des Tatbestandes der Beleidigung ermahnten, zogen pöbelnde Nazis mit Parolen wie „Ausländer raus“ vorbei. Die Polizei fiel an diesem Tag immer wieder durch Übergriffe gegenüber AntifaschistInnen auf. Menschen wurden getreten, zu Boden geschmissen, geschlagen. Anzeigen gegen die SchlägerInnen waren nicht möglich, da diese aus der Anonymität heraus handelten. Eigentlich sollte namentliche Kennzeichnung der Einsatzkräfte eine Selbstverständlichkeit sein.

Wo war die Zivilgesellschaft?

Ein zivilgesellschaftlicher Protest, was immer auch davon zu halten ist, war an diesem Tag überhaupt nicht zugegen. Wäre dessen Ziel viel-

Fortsetzung auf Seite 2

Aron Müller
(AStA-Referent für Hochschulpolitik)

Großer Fahrplanwechsel 2003 bei der Bahn Was gibt's Neues für Bochum?

Razzia bei Mama

Am Freitag, dem 20. Dezember 2002, wurde in Mönchengladbach die Wohnung der Eltern eines Aachener Studenten durchsucht. Die PolizistInnen, die das Haus bereits zwei Tage zuvor observieren ließen, gaben an, nach Waffen zu suchen. Anlass der Durchsuchung sei, laut polizeilichem Staatsschutz, ein Angriff auf Neonazis, der sich Anfang Februar 2002 in dem Örtchen Langerwehe bei Düren, welches wiederum in der Nähe von Köln liegt, ereignet haben soll. Konkret wird dem Menschen Landfriedensbruch und Körperverletzung vorgeworfen. Während der Durchsuchung verbreiteten anwesende Staatsschützer das Gerücht eines bereits vorliegenden Haftbefehls.

Die PolizistInnen führten ein Foto mit, auf dem ein Mensch auf einer Antifa-Demo zu sehen war. Der Mensch auf dem Foto sei, den Angaben der Staatsschützer zufolge, von NeonazistInnen belastet worden, an der vermeintlichen Aktion in Langerwehe beteiligt gewesen zu sein. Es ist also davon auszugehen, dass der Staatsschutz Fotos von Menschen, die gegen Neonazismus protestieren, Neonazis vorlegt und ihnen so ermöglicht, Menschen wahllos zu belasten und die Namen dieser zwecks Anti-Antifa-Arbeit von den Bullen zu erhalten.

Gegen Studiengebühren

Vom 7. bis 9. Februar findet in Bonn eine Tagung zum Thema Studiengebühren im Kontext von Privatisierungsbestrebungen statt, welche neben aktuellen Problemstellungen auch grundsätzliche Fragen und Argumentationsmuster zu Bildungsfinanzierung und Aufgaben öffentlicher Bildung behandeln wird; Workshops sind u.a. zu Bildungsgutscheinen, New Public Management und Qualität von Bildung und Wissenschaft vorgesehen. Es sind noch Plätze frei. Die Fachtagung wird unter dem Titel „Die Privatisierung öffentlicher Bildung – Studiengebühren als politisches Programm“ vom studentischen Dachverband fzs gemeinsam mit dem Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdW) durchgeführt; nähere Infos unter: <http://www.fzs-online.org>

Öko-Terror

Der Terror der deutschen Umweltparteien gegen jugendliche Subkulturen läuft zur Zeit zur Höchstform auf. Konnte man vor einem Monat noch die Auffassung vertreten, Punk sei nicht tot – er rieche nur schlecht, holt Rot-Grün-Rot zum Vernichtungsschlag aus. Zunächst band das Dosenpfand den Konsum von Bier an den Besitz eines Autos zum Transport der Bierkästen und rückte ihn damit in unerreichbare Ferne für Menschen, die zu arm, zu umweltbewusst oder zu besoffen zum Autofahren sind. Und nun das: Im alternativen Internetmedium indymedia beklagte eine „Anarchistin“ sich über Polizeischikanen gegen BiertrinkerInnen:

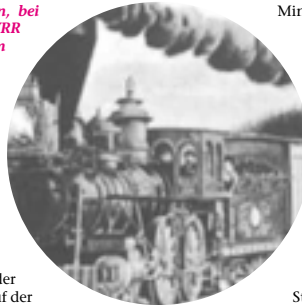
„Mensch tragt nächstens friedlich nach Hause – eine Bierflasche in der Hand, als grün gekleidete Wegelagerer den Gehweg blockieren: Bier auskippen, Ausweiskontrolle, Personalien abfragen. Alkoholkonsum auf der Straße sei verboten und koste 100 Euro. Berlin ist pleite und die Abzocke wird immer dreister. Nach dem erhöhten Beförderungsgeld und den 15 Euro für Rauchen in U-Bahnhöfen soll jetzt wohl das Biertrinken auf der Straße bestraft werden. Und die ach so unterbesetzte Berliner Polizei hat dafür anscheinend genügend Leute.“ Ein zufällig irgendwo anwesendes Mitglied der Grünen Jugend wollte in der Sylvesternacht zu den Vorwürfen nicht Stellung beziehen. Und auch nichts von seinem Bier abgeben.

Und was sagen sie dazu, Herr Schily?

Ein Jahr nach 11. September und Rasterfahndung: Kurz vor Jahreswechsel wohnten Presseberichten zufolge noch immer zehn ausländische Studierende in Notquartieren des Marburger Studentenwerks. Geschäftsführer Dieter Meinke hoffte, dass für die Betroffenen bald Zimmer im Studentenwohnheim frei werden. Zu Semesterbeginn war die Wohnungsnot in Marburg noch größer. 60 Wohnungssuchende hatten sich in den Unterkünften gedrängt, die meisten von ihnen Ausländer, die auf dem privaten Wohnungsmarkt kaum Chancen haben.

Wie allgemein bekannt sein dürfte, fand zum ersten Mal gemeinsam in allen EU-Ländern am 15. Dezember 2002 ein großer Fahrplanwechsel aller Bahnen statt, demzufolge auch bei der überwiegenden Zahl aller Nahverkehrsunternehmen. Im VRR wurden die meisten Fahrpläne erst am 7. Januar umgestellt. Zukünftig sollen diese nur noch einmal pro Jahr neu erscheinen, bei der Bogestra und im VRR zukünftig immer am ersten Schultag nach den Weihnachtsferien.

Was hat sich nun Neues für Bochum ergeben? Die wichtigsten Änderungen wurden bei der Bahn vorgenommen.



Regionalverkehr

Erstens verkehren leider keine Interregios mehr auf der Ruhrschiene und weiter an den Niederrhein. In Duisburg muss man jetzt stattdessen in den RE 2 umsteigen, der aus dem Münsterland kommend über Essen hinaus bis nach Mönchengladbach durchgebunden wurde. Der RE 3 hingegen fährt jetzt ab Duisburg weiter nach Düsseldorf.

Als Ersatz wurde der Verkehr auf der Ruhrschiene neu konzipiert: So ist die Abfahrtszeit

des RE 1 jeweils um eine halbe Stunde verschoben und der Streckenverlauf bis Hamm verkürzt worden. Der RE 11 verkehrt nur noch alle zwei Stunden und fährt dabei ab Hamm weiter über Soest nach Paderborn. Die Bedienung Ostwestfalens wird zukünftig vom RE 6 übernommen, dessen Abfahrtszeit sich um ca. 10 Minuten je Richtung verschoben hat, und der nun zwischen Düsseldorf und Bielefeld sowie weiter über Herford bis nach Minden (!) verkehrt.

Zweitens haben sich die Verbindungen nach Hagen spürbar verbessert, insofern als zwischen Essen und Hagen auch am Wochenende die Linien RE 16 und RB 40 durch Überlagerung im ca. halbstündigen Takt verkehren, wobei die Züge der Linie RE 16 aus Beschleunigungsgründen nicht mehr in Hagen-Vorhalle halten.

Bei der RB 46 (NOKIA-Bahn) wurde der Nachtverkehr am Wochenende jeweils um zwei Stunden bis um 3.31 Uhr ab Gelsenkirchen bzw. 4.04 Uhr ab Bochum ausgeweitet. Bei der S 1 verkehren die S-Bahnen ab Langendreer in Richtung Bo-Hbf eine Minute früher.

Stadtverkehr

Für den Stadtverkehr haben sich im wesentlichen nur kleine Änderungen ergeben. Es würde an dieser

Stelle zu weit gehen, alle kleineren Veränderungen im Stadtverkehr anzuführen. Diese könnt Ihr dem neuen Stadtfahrplan entnehmen, der demnächst auch im Ökoforum der AstA erhältlich ist. Lediglich die Anbindung des Technologiezentrums Ruhr (TZR) östlich der Fachhochschule ist vielleicht besonders erwähnenswert: Der 320er fährt morgens ab Ruhr-Uni mit drei Schleifenfahrten die dortige Haltestelle an, in Gegenrichtung drei Schleifenfahrten nachmittags.

Darüber hinaus hat es der AstA geschafft, der Bogestra die Zusicherung abzuverlangen, in Zukunft den normalen Fünf-Minuten-Takt der U 35 aufrecht zu erhalten, falls die Herbstferien wieder mit den ersten zwei Wochen der Vorlesungszeit des Wintersemesters zusammenfallen sollten. Leider konnte die Taktausdünnung auf der 308/318 abends ab ca. 22 Uhr in Richtung Gerthe nicht zurückgenommen werden.

Im Wesentlichen hat sich also viel im Regionalverkehr getan; die möglichen Verbesserungen der Anbindung des Uni-Umfeldes lassen jedoch weiter auf sich warten. Unterm Strich ist für Bochum zumindest der Status quo erhalten geblieben, was ja auch schon mal sein Gutes hat.

Peer Wollnik
(AstA-Öko-Referent)

Gebühren nur, wenn sie für uns sind Rüttgers im Gebührensumpf

Den Hochschulen wird freigestellt, Studiengebühren ab 2004 zu erheben. Angesichts der immensen Unterfinanzierung der NRW-Hochschullandschaft und zur Verbesserung von Studienbedingungen und Finanzausstattung der Hochschulen in NRW ist das erforderlich. Die Studiengebühren werden in der Regel gestundet bis zum Beginn einer beruflichen Tätigkeit.“ Das steht in einem Antragsentwurf der Landtagsfraktion der CDU, der dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) - beim fzs vorliegt. Ob der Antrag wirklich in den Landtag eingebracht wird ist noch unsicher.

Er ist in jedem Fall die schriftliche Fixierung dessen, was CDU-Landeschef Jürgen Rüttgers Mitte Dezember erstmals formuliert hat: Studiengebühren in Höhe von 250 Euro (Universität) bzw. 150 Euro (FH) pro Semester ab Beginn des Studiums ist das politische Ziel der NRW-CDU.

Kaum sind die Bundestagswahlen vorüber zeigt Rüttgers, was die CDU wirklich will. Die Solidarisierung mit den Studierenden im Streik war wahltaktisch motiviert. Jürgen Rüttgers begründet den Gebühren-Vorstoß mit der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen. Diese Unterfinanzierung hat Rüttgers jedoch mitzuverantworten. In seiner Amtszeit als „Zukunftsminister“ der Regierung Kohl sind die Bundesausgaben für Hochschulen

von 0,07% (1995) auf 0,06% (1998) des Bruttoinlandsproduktes gesunken.

Geradezu zynisch ist es, den Studierenden diese Unterfinanzierung anlasten zu wollen. Hat nicht die CDU im Wahlkampf permanent Steuersenkungen versprochen und haben nicht auch CDU-PolitikerInnen der rot-grünen „Reform“ der Körperschaftsteuer zugestimmt, die dazu führte, dass die einzelnen Bundesländer Milliardenbeträge an die Großunternehmen zurückzahlen? Diese Haushaltslöcher sind einer jahrelangen Politik der Entlastung der Unternehmen und Besserverdienenden geschuldet. Eine Politik, die gerade auch Jürgen Rüttgers als Bundesminister mitgetragen hat und die ein Grund für die permanente Unterfinanzierung der Hochschulen ist.

Eine neue Studiengebührendebatte

Rüttgers ist keineswegs der Initiator einer neuen Studiengebührendebatte. Er springt mit seinen Äußerungen und dem jetzt bekannt gewordenen Antragsentwurf der NRW-CDU

auf eine Debatte auf, die ihren Ursprung in Baden-Württemberg hat. Ähnlich wie NRW ist dieses Bundesland pleite, da die „Reform“ der Körperschaftsteuer riesige Löcher in den Haushalt gerissen hat. Deshalb hat das Land eine Haushaltsstrukturkommission eingesetzt, die zahlreiche Prüfaufträge zur Sanierung des Landeshaushaltes ausgearbeitet hat. Einer dieser Prüfaufträge ist die Einführung der nachlaufenden Studiengebühren. Konsequenterweise hat das Kabinett in Stuttgart dann im Dezember auch beschlossen, gegen die sechste Novellierung des Hochschulrahmengesetzes zu klagen, welche derartige Studiengebühren bundesweit verbietet. Damit schießt Ministerpräsident Erwin Teufel gegen ein Studiengebührenverbot, das aufgrund zahlreicher Ausnahmeregelungen diesen Namen eigentlich nicht verdient.

Ähnlich wie bei der Debatte um sogenannte Langzeitstudiengebühren kommt die Initiative aus Baden-Württemberg. Auch die Tatsache, dass der Ministerpräsident des SPD-regierten Niedersachsen als zweiter Regierungschef Studiengebühren will, ist eine Parallele. Rüttgers als Oppositionschef wollte da nicht zurückstehen.

Die Offensive der Gebührenbefürworter geht jedoch weiter: In Berlin äußerten sich jüngst der SPD-Fraktionschef und der Wissenschaftssenator, der der PDS angehört, positiv zu Studiengebühren. Zwar plant lediglich die Union Gebühren ab dem ersten Semester, aber das kann sich schnell ändern ...

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren bleibt bei seinem klaren Nein zu Studiengebühren jeder Art. Es lehnt Studiengebühren ab, da sie den bereits in Kindergarten und Schule eingeschlagenen Weg der sozialen Selektion in den Hochschulen fortsetzen. Dies gilt auch für sogenannte nachlaufende Studiengebühren: Diese verstärken das ungleiche Risiko für den eigenen Bildungsweg.

Klemens Himpele
(Geschäftsführer des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren, ABS)



Fortsetzung von Seite 1

Naziaufmarsch – die Zweite

leicht auch nicht das praktische Verhindern des Aufmarsches gewesen, hätte sich doch das politische Klima so weit verschoben, dass die Polizei von Übergriffen eher abgehalten worden wäre. Ein Tolerieren von verfassungsfeindlichen Symbolen und Parolen von Polizeiseite wäre erschwert worden; der Aufmarsch hätte auch nicht mehr von der Presse ignoriert werden können.

Bochum dürfte die einzige Stadt bundesweit sein, in der weder Parteien noch Gewerkschaften noch die Kirche noch andere bürgerliche oder soziale Gruppen gegen FaschistInnen aktiv werden. Diese Ignoranz ist ein Skandal.

Einmal mehr zeigt sich hier die Heuchelei der PolitikerInnen, die sich im allgemeinen Taumel des so genannten „Antifaschismus“ vor zwei Jahren als die „wahren AntifaschistInnen“ gebärdet hatten. Diese „AntifaschistInnen“ suchte man in den letzten Wochen vergeblich. Es gab weder einen Gegenaufruf noch eine Presseerklärung noch irgendeine Art von Stellungnahme zu auch nur einem der beiden Naziaufmärsche.

Am 18. Januar steht der nächste Naziaufmarsch bevor. Es ist zu hoffen dass die so genannte Zivilgesellschaft sich bis dahin noch besinnen und ihrer humanitären Gesinnung zufolge handeln möge. Für uns bleibt klar, dass wir unseren Widerstand fortsetzen werden. Kein Naziaufmarsch in Bochum und anderswo!!!

Das deutsch-polnische Austauschprojekt für Studierende der Unis Bochum und Krakau

„Es muss viele solche Projekte geben!“

Polen hat sich unglaublich verändert. Die Situation im Jahre 1989 erinnerte mich an die deutsche Nachkriegszeit. Man hat in zehn Jahren 50 oder 60 Jahre nachgeholt. Und die Menschen haben sich verändert.“ Zu dieser Beurteilung der Verhältnisse in unserem Nachbarland kommt der Bochumer Historiker Dr. Hubert Schneider, der sich eine solche Einschätzung durchaus erlauben darf. Im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Ruhr-Universität, an der er seit 1974 tätig ist, und der Jagiellonen-Universität in Krakau hat er sich nämlich in den 1980er Jahren für die Initiierung eines studentischen Austauschprojekts dieser beiden Hochschulen bzw. der Pädagogischen Akademie in Krakau eingesetzt, das bis heute Bestand hat.

Als es um 1985 diesbezüglich erste Gespräche gab, wurde dem Plan zunächst überhaupt keine Chance gegeben, zumal auf deutscher Seite keine Studierenden zu finden waren, die sich dafür interessierten. Erst nach einer gewissen Anlaufzeit, in der Hubert Schneider in seinen Veranstaltungen für das Projekt warb, fuhren dann 1989 die ersten Studierenden der Ruhr-Universität nach Polen. Die erste Begegnung zwischen den deutschen und polnischen Studierenden zeigte sich nicht nur deswegen als sehr problematisch, weil man nur sehr wenig voneinander wusste und viel zu sehr in den gegenseitigen Vorurteilen verwurzelt war. Auch das ökonomische Gefälle beider Länder machte sich bemerkbar. Während sich die polnische Währung auf dem Tiefstand befand, wussten die deutschen Studierenden nicht, wie sie ihr Taschengeld ausgeben sollten.

Aber auch der Ort „Auschwitz“, in dem dieses erste deutsch-polnische Treffen stattfand, machte der deutschen Seite zu schaffen: „Die Deutschen hatten schon mit dem Ort zu kämpfen“, so Hubert Schneider, der eigentlich aus der Osteuropäischen Geschichte kommt, dessen Forschungsschwerpunkt aber zunehmend der Nationalsozialismus und das Schicksal der Juden, vor allem in Lokalstudien zu Bochum, ist, „dann kamen auch noch die polnischen Studierenden dahin, von denen einige Angehörige in Auschwitz verloren hatten. Also, sehr schwierig.“ Aufgrund dessen wurde das Seminar in der Folge auch nicht mehr gemeinsam in Auschwitz, dem heutigen Oswiecim durchgeführt. Das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen verbesserte und norma-

lisierte sich jedoch bereits 1990 beim polnischen Gegenbesuch in Bochum. Man beschloss die Fortsetzung des Projekts, obwohl die Finanzierung immer problematisch blieb.

Gut vorbereitet

Die Rahmenthemen dieses Studierendenaustauschs, der innerhalb zweier Semester in Auschwitz (nur für die deutsche Gruppe), Krakau und Bochum stattfindet, beziehen sich seitdem immer auf Aspekte der deutsch-polnischen Geschichte, z. B. wie zuletzt „Deutsche – Juden – Polen“ (2001/02). Im ersten Semester wird das jeweilige Projekt auf beiden Seiten vorbereitet. Die Bochumer Studierenden besuchen eine wöchentliche Übung, die sich vornehmlich mit der polnisch-deutschen Geschichte und darüber hinaus mit polnischen Filmen oder Literatur aus Polen beschäftigt. Zudem wird ein Wochenendseminar veranstaltet, welches das Konzentrationslager Auschwitz thematisiert.

An diese Vorbereitungsphase schließt sich dann die Fahrt in unser östliches Nachbarland an. Die deutsche Gruppe hält sich zunächst fünf Tage in der Gedenkstätte Auschwitz auf, in der intensiven der Geschichte dieses Ortes und vor allem seiner Bedeutung nachgegangen wird. Nach dieser Woche sind die deutschen Studierenden dann für zehn Tage Gäste der Jagiellonen-Universität und der Pädagogischen Akademie in Krakau. Im Mittelpunkt steht ein dreitägiges wissenschaftliches Seminar der insgesamt ungefähr 40 Teilnehmer beider Gruppen zu verschiedenen vorbereiteten Themen, wobei in der Diskussion das Augenmerk vorwiegend auf das 18. und 19. Jahrhundert gerichtet wird. Daneben informieren die polnischen Kommilitonen die deutschen Studierenden, was es bedeutet, in Polen eine Hochschule zu besuchen, und zeigen ihnen ihre Stadt Krakau und das Umland.

Gegenbesuch

Im zweiten Semester gibt es in Bochum eine wöchentliche Nachbereitungsübung, in der diejenigen Fragen behandelt werden, die während der Polenfahrt aufgetreten sind. Gleichzeitig wird das Seminar des Gegenbesuchs vorbereitet. Die polnischen Studierenden kommen daran anschließend für zehn Tage nach Bochum zu Besuch, wobei sie bei ihren deutschen Kollegen unterkommen. Im zweiten Seminar werden dann die äußerst problematischen Beziehungen zwischen Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert untersucht. Die polnischen Gäste erfahren wiederum, was es heißt, in Deutschland zu studieren, und ihnen werden Bochum, das Ruhrgebiet und einzelne Attraktionen Nordrhein-

Westfalens (z.B. Münster, Köln oder Essen) vorgestellt.

Die Resultate des gesamten Projekts sind als positiv zu bewerten: Seit 1989 haben bisher ungefähr 200 polnische und 200 deutsche Studierende an diesem Programm teilgenommen, die für die deutsch-polnischen Probleme sensibilisiert worden sind. Eine beträchtliche Zahl der deutschen Studierenden hat nach der Teilnahme am Projekt bis zum Examen an einem deutsch-polnischen Thema weitergearbeitet. Andere haben Polnisch gelernt oder gar in Polen studiert. Viele ehemalige Teilnehmer sind heute in den unterschiedlichsten Medien, Museen, Bibliotheken oder in politischen Parteien tätig.

Ver spätete Anerkennung

Die Teilnehmer des letzten Seminars unter dem Thema „Deutsche – Juden – Polen“ (2001/02), haben durchweg positive Erfahrungen gemacht. Nicht nur, dass sie Polen und seine Bewohner nun besser kennen und verstehen gelernt haben, was sich in Freundschaften, privaten Besuchen und einigen Auslandssemestern in Krakau äußert, auch so manches Vorurteil wurde ausgeräumt und der Schluss gezogen, dass Polen und Deutsche sich weit ähnlicher sind, als von vielen angenommen wurde. Aber auch der Besuch der Gedenkstätte Auschwitz hat einen wohl unvergesslichen Eindruck hinterlassen und eine bessere Einsicht bewirkt, was dieser Ort symbolisiert und verdeutlicht.

Inzwischen genießt das Projekt im Gegensatz zu seiner Anfangszeit sowohl in Krakau als auch in Bochum großes Ansehen. So ist Hubert Schneider für seine Verdienste um dieses Projekt auf beiden Seiten ausgezeichnet worden. Die dafür notwendige Finanzierung ist inzwischen endlich abgesichert. Im Jahre 2003 wird er die Veranstaltung noch einmal leiten. Was nach seiner Pensionierung geschieht, ist momentan noch unklar. Das Projekt soll aber auf jeden Fall fortgeführt werden, wenn auch möglicherweise an anderem Ort, denn „will man nicht, dass die aktuellen Beziehungen immer wieder von der Geschichte eingeholt werden, muss man dafür sorgen, dass es zu Begegnungen zwischen den Menschen kommt und dass sie offensiv mit der Geschichte umgehen. Nicht, um die Geschichte zu beschönigen, sondern es geht um Folgendes: Im Wissen, um die schwierige Geschichte sollen positive Kräfte mobilisiert werden, Gegenwart und Zukunft kreativ zu gestalten.“ Daher müsse es nach Herrn Schneiders Ansicht viele Projekte dieser Art geben.

Fortsetzung in diesem Jahr

Da können wir ihm als Teilnehmer des letzten Projekts, das sich in den letzten beiden Semestern mit dem Thema „Deutsche – Juden – Polen“ beschäftigte, nur zustimmen. Verwiesen sei darüber hinaus nur auf die Freundschaften mit den polnischen Studierenden, die im Laufe des Projekts entstanden sind. Denn es geht bei diesem Projekt, das sich mit der Historie auseinandersetzt, nicht immer nur ernst zu.

Das Leitthema der Übung des folgenden Jahres 2003, das mit dem Vorlesungsanfang im April beginnt, wird „Polenbilder in Deutschland – Deutschenbilder in Polen“ lauten. Es geht darum, die gegenseitigen Klischees und Vorurteile, die sich im Laufe der langen gemeinsamen polnisch-deutschen Geschichte herausgebildet haben, zu benennen und ihnen auf den Grund zu gehen.

Konkret wird dazu vor allem das dreitägige deutsch-polnische Studentenseminar in Polen, in dem deutsche und polnische Studenten sich in direktem Kontakt miteinander austauschen und diskutieren können, dienen. InteressentInnen, die nicht unbedingt Geschichte studieren müssen, können sich bei Herrn Dr. Hubert Schneider, GA 4/157, Lehrstuhl Osteuropäische Geschichte, anmelden und weitere Informationen erhalten. Auch sind Studierende aller Semester willkommen.

Iris Fischer
Marc Schwarz
Mario Ullrich



bsz termine

Mittwoch, 8. Januar

Antifa Café Herne:

Die „Bewegung 2. Juni“

1975 entführte die „Bewegung 2. Juni“ den OB-Kandidaten Lorenz und konnte erfolgreich mehrere Genossen aus der Haft freipressen. Wir zeigen eine Dokumentation, in der auch Mitglieder der „Bewegung“ zu Wort kommen. 18.00 Uhr, Heinz-Westphal-Haus, Dorstener Str. 262

Antifa Themenabend

Studentenverbindungen: Anachronismus an den Hochschulen?

Sie sind überall anzutreffen: Studentenverbindungen, z.B. Burschenschaften, konservativ bis extrem rechts und allesamt elitäre akademische Männerbünde auf Lebenszeit. Was steckt hinter diesen Gruppierungen und welche Bedeutung haben sie?

19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliussstraße 108, Düsseldorf

Dortmunder Friedensforum

Felix Koltermann berichtet über den Europäischen Sozial-Gipfel in Florenz.

19.30 Uhr, Arbeitslosenzentrum, Leopoldstr. 16-20

Donnerstag, 9. Januar

Wolfgang Nitschke: Bestsellerfressen Lesung

(VVK 5,- EUR)

20.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Tanzkultur

Thomsen Dj und Moritz Figa spielen Garage, House BigBeat und Drum & Bass und werden dabei von MC tease unterstützt. Eintritt frei.

21.00 Uhr, Kulturcafé, RUB

Samstag, 11. Januar

Antifaschistische Bahnhofsbesichtigung

Am 11. Januar versuchen die Nazis nun zum fünften Mal, in Wuppertal zu marschieren, diesmal unterstützt von Christian Worch. Unter dem Motto „Gegen das Zusammenwirken von linker Gewalt und behördlicher Repression!“ wollen die Nazis um Maik Hilgert und Sascha Guderian durch Wuppertal marschieren. Da sie es alleine bisher in vier Versuchen nicht geschafft haben, muss jetzt Christian Worch für die Anmeldung herhalten. Dieser Aufmarsch wird also von den Nazis spätestens vor dem Verfassungsgericht durchgesetzt.

Lasst uns ihnen vorher und am Tag selber den Spass gründlich verderben.

10.00 Uhr, Barmen Bahnhof, Wuppertal

Die für 13.00 Uhr angekündigte Demonstration gegen die Kriminalisierung von Demonstrationen wurde auf den 18. Januar verschoben.

Montag, 13. Januar

AG Soziale Grundrechte – Stoppt die Hartzpläne

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Dienstag, 14. Januar

Harry Epstein- Anwalt der Ostjuden

Der Duisburger Zionist Harry Epstein setzte sich vor allem für die Rechte der nach Duisburg emigrierten Ostjuden ein. 1934 musste Epstein vor den Nationalsozialisten nach Palästina fliehen. Am Duisburger Hauptbahnhof ist auf betriebl. Ludger Heids ein Platz nach ihm benannt worden.

Über sein Leben und Wirken referiert Ludger Heid.

20.00 Uhr, Hundertmeister, Duisburg (Dellplatz)

Anzeige

Die Flohmarkthallen
haben di. & fr. geschlossen,

2nd STORE

aber
mo. 10-18 h, mi. 10-19 h, do. 10-18 h & sa. 10-15 h
geöffnet!

Hermannshöhe 7 • 44789 Bochum • 0234/313191



Studentenverbindungen in Osteuropa aktiv Burschis, Go East!

Verbindungen sind bekanntermaßen Zusammenschlüsse von Studenten und ehemaligen Studenten, in den meisten Fällen handelt es sich um rein männliche Gemeinschaften, d.h. Frauen sind als Mitglieder unerwünscht. Auch nicht-deutsche Studenten werden in viele Verbindungen nicht aufgenommen. Verbindungen verfügen größtenteils über ein kaum kritisch hinterfragtes patriotisch-beschönigtes Geschichtsbild sowie ein konservatives Politik- und Gesellschaftsverständnis, das oft mit einem elitären Verständnis von Bildung einhergeht. Meist gehören sie einem der bundesweiten Dachverbände an, von denen einige politisch aktiv sind.

Einer der größten Dachverbände (Genauer gesagt, der zweitgrößte), die „Deutsche Burschenschaft“ (DB), versteht sich selbst als politisch und kümmert sich um die „Förderung deutscher Kultur im Ausland“. Nach Meinung einflussreicher Strömungen in der DB ist Deutschland größer als die BRD: Nach dieser Sichtweise sind Teile von Belgien, Frankreich, Österreich, Italien (!), der tschechischen Republik, Ungarn, Polen und sogar Russland „deutsch“. Konsequenterweise werden die dort lebenden deutschsprachigen Minderheiten „unterstützt“.

Deutschland überall

Die dieser Praxis zugrundeliegende Ideologie geht von einem Volksbegriff aus, demzufolge jedes Volk durch spezifische Charakteristika gekennzeichnet. Gemäß einer „Blut-und-Boden“-Weltanschauung war und ist in der DB der Gedanke, deutsche Expansionspolitik zu fordern, aktuell. Da dies jedoch kaum umsetzbar ist, setzt die DB – ähnlich wie seit Ende der 60er Jahre die Vertriebenenverbände – auf den europäischen Einigungsprozeß, bei dem sich „Grenzen auflösen wie ein Stück Zucker im Tee“. In einem geeinten Europa, worin Nationalgrenzen zunehmend an Bedeutung verlieren, kommt daher der Vernetzung „Volksdeutscher“ eine zentrale Funktion zu. Die Deutsche Burschenschaft unterstützt und fördert demnach die Forderung deutschsprachiger Minderheiten

nach „Volksgruppenrechten“ in gleicher Weise wie die Vertriebenenverbände. Diese haben nach wie vor maßgeblichen politischen Einfluß, insbesondere auf die politische Führungsebene der CDU.

Die Unterstützung der DB findet nicht nur auf dem Papier statt. In Góra Swietey Anny (früher „Annaberg“) in der Wojewodschaft Opole in Slask (früher „Schlesien“), fand ein Symposium über die „politische Entwicklung der Deutschen im Oppolner Schlesien“ statt.

Offensichtlich haben die DB-Burschschafter ebenso wenig wie Vertriebenenfunktionäre die Idee eines deutschen „Schlesien“ aufgegeben. Von dem Symposium abgesehen wurde die DB auch auf lokaler Ebene aktiv. In Wrocław (früher „Breslau“) versuchten sich Burschschafter an der Gründung einer Korporation nach deutschem Muster. Mitglieder sollten ausschließlich männliche Studenten werden, „die sich durch Sprache, Kultur, Erziehung und Bekenntnis zum deutschen Volkstum als Deutsche auszeichnen“. In „Breslau“ gab es eine lange Tradition studentischen Verbindungswesens, an die die DB anzuknüpfen sich anschickte.

Die Burschenschaft „Silesia“ wurde von Studenten aus Marburg und Braunschweig im Sommer 2000 in Wrocław gegründet, mit „wohlwollender Zustimmung“ der Behörden. Der Gründung wohnten zwei sächsische Landtagsabgeordnete bei. Doch die „Silesia“ existierte nur neun Monate lang, da es an Interessenten mangelte. Das bedeutet allerdings keineswegs, daß die DB ihre Aktivitäten in Polen aufgegeben hat, wie obengenanntes Symposium in Góra Swietey Anny beweist.

Wühlarbeit des „Cartellverband“ und des „VVDSt“ in Polen und Ungarn

Aber es gibt auch erfolgreichere Versuche, das deutsche Verbindungsstudententum in Osteuropa wiederzubeleben. Ein Beispiel dafür ist die „Akademische Verbindung Salsia-Silesia zu Gliwicz“ im polnischen Gliwice, die 2001 zehn neue Mitglieder hatte – für eine Korporation eine beachtliche Zahl. Seit 1996 gehört die Verbindung dem größten Korporationsdachverband „Cartellverband“ (CV) als vollwertiges Mitglied an. Der katholische CV positioniert sich zwar anders als die DB weniger am äußeren rechten Rand, dennoch ist die Zusammenarbeit zwischen politisch unterschiedlich ausgerichteten Verbindung auf lokaler wie überregionaler Ebene nichts

ungewöhnliches. Frauen sind als Mitglieder im CV wie in der DB unwillkommen. Der CV gilt als Kaderschmiede für die konservative Führungselite, bekannte CV-Mitglieder sind beispielsweise Friedrich Merz, Edmund „durchrasste Gesellschaft“ Stoiber oder Jürgen „Kinder statt Inder“ Rüttgers. Zudem sind zahlreiche Vertriebenenfunktionäre in den Reihen des CV zu finden.

Der CV ist augenscheinlich gleichermaßen wie die DB der Meinung, dass die deutschsprachige Minderheit im ehemaligen Schlesien seiner Unterstützung bedarf. Ein Hinweis darauf, daß auch innerhalb des gemäßigten CV der Volkstumsgedanke unverkennbar eine Rolle spielt.

Dieser ist neben seinen polnischen Umtrieben auch in Ungarn präsent: Bereits 1991, kurz nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“, nahm der CV die „Akademische Verbindung Suevia-Danubia zu Fünfkirchen“ als freie Vereinigung auf. Das einstige „Fünfkirchen“ ist die ungarische Stadt Pecs, das Zentrum der deutschsprachigen Minderheit in Ungarn. Dort gibt es seit einiger Zeit eine zweite Korporation, den „VVDSt Fünfkirchen“, der dem „VVDSt“-Verband angehört. Von Seiten dieses Verbandes ist die Gründung einer weiteren Verbindung in der Stadt Sopron geplant. Der „VVDSt“ (auch „Kyffhäuserverband“) wurde 1881 gegründet, um den antisemitischen Widerstand an deutschen Universitäten zu organisieren. Zwar setzt sich der „VVDSt“ wie viele andere Korporationsverbände heute kritisch mit seiner Vergangenheit auseinander. Doch auch der „VVDSt“ pflegt wie der CV und die DB das „deutsche Volkstum“ im Ausland.

Der „VVDSt“ ist auch in Polen aktiv. Vor drei Jahren wurde ein Projekt aus den 1920ern wiederbelebt: Der „Verein Deutscher Hochschüler“ (VDH), der sich im südpolnischen Raciborz befindet. Nach dem ersten Weltkrieg mobilisierte der VDH die dortigen deutschsprachigen Minderheiten, um für ihre „Volksgruppenrechte“ zu kämpfen und den Anschluß an Deutschland zu fordern. Der neue „VDH“ bekennt sich explizit zur Tradition des alten „VDH“.

Arbeitskreis Antifa des fzs

Es sterbe der :bszkonsumterror

Außerdem soll man ja immer, wenn es am schönsten ist. Außerdem eignen sich ja gerade Jahreswechsel besonders, um sich neuen Lebensabschnitten und den dazugehörigen PartnerInnen zuzuwenden. Somit möchten auch wir, als Eure Euer Leben immer begleitende Kolumnenredaktion, die sich dem Schönen und Teuren im Leben immer verbunden fühlte, an dieser Stelle dem Terror entsagen. Wir entsagen dreifach dem Terror des Konsums, dieser Geisel einer heillos hedonistischen Welt, voller konsumistischer Verlockungen - die kommunistischen werden ja dummerweise auch ohne unser Zutun zu Grabe getragen.

Nachdem wir euch in den letzten Wochen und Monaten, vielleicht sogar Jahren – unsere Archive und Köpfe können soweit nicht zurückdenken – mit Informationen über neueste Produkte genervt haben, wird diese Kolumne heute der Inflation überantwortet, die ihn wohl vollständig entwerthen wird.

Zunächst sehen wir es als unsere allererste und allerletzte BürgerInnenpflicht an, dem Schrecken, den der Terror weltweit und somit auch in der bsz zu verbreiten im Stande ist, den Garaus zu machen. Wie viele Leserinnen und Leser schon das Lesen etwa einer Pizza Pasta, Ritter Sport Trüffel oder Polizeiruf 110-Rezension mit Skorbüt bezahlt haben, da sie sich fortan nur noch von den gelobten Produkten ernährt haben, können wir nicht ermessen. Denn wir sind eher Feinde denn Freundinnen der Empirie. Berichte von Betroffenen haben wir immer ignoriert, sie wurden aber auch nie an uns heran getragen. Nur die Bahnhofspolizei Dortmund berichtete, dass die neue Paket-Station am Dortmunder Hauptbahnhof immer häufiger Ziel von Angriffen wurde, da auf den Zug wartende Bochumer StudentInnen sie mit Fußtritten attackierten. Denn keiner/m gelang es, die geheimnisvolle und unergründliche Tür zu öffnen.

Auch führten einzelne Produkte zu Schokoladenschlachten in der Redaktion. Besonders die neuesten Neukreationen der Firma Ritter wurden so heftig diskutiert, dass eine (positive oder negative) Rezension häufig mit Ausschlussverfahren aus dem Redaktionskollektiv beantwortet wurden. Dass es nie zum Äußersten kam, ist dem beherrschten und besonnenen Eingreifen unseres Japankorrespondenten zu verdanken. Da dieser aber wieder von seinem Studienaufenthalt zurückgekehrt ist, ist er wieder so sehr in die verbalen Schlagabtausche involviert, dass eine neutrale Schiedsgericht nicht mehr existiert.

Vor allem aber müssen wir diese Kolumne schließen, da die Wirtschaftszession auch die Genialität der bundesdeutschen PatentanmelderInnen ergriffen hat. Es gibt einfach keine neuen Produkten mehr. Besonders nachdem oben bereits erwähnter Japankorrespondent uns von der bunten Warwenvielfalt in Tokyo vorgeschwärmt hat, wurde uns wieder einmal bewusst, in welch schrecklichem Land wir leben. „Deutschland, du bist doch das schlechteste Land der Welt“ (FSK): Diese Textzeile bewahrt sich täglich wieder. Nicht nur politisch, auch produkttechnisch ist Deutschland einfach schrecklich rückständig. Ab nächste Woche wird es eine neue Kolumnenserie geben. Vorschläge dürft Ihr an bsz@ruhr-uni-bochum.de senden, wir werden sie natürlich ignorieren.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Hans Martin Krämer (hmk), Gerd Krauss (geka), Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234/32-26900; **Fax:** 0234/32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

- Mensa-Plan für die Woche vom 8. bis 14. Januar -				
Unser Standard	Die „Grüne“ Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 8.1.				
Putenbratwurst mit einer Schaschliksauc, dazu Pommes frites und ein Zucchini-Paprikagemüse	Putengulasch in brauner Champignon-Rahmsauce, dazu Kräuterreis und ein Salat	Kartoffel-Gemüse-Auflauf mit einer Tomatensauce, dazu ein Salat	Der Kleine Saal ist geschlossen!	Der Kleine Saal ist geschlossen!
DONNERSTAG, 9.1.				
(S) Fleischbällchen mit einer Pfeffer-Senfauce, dazu Dampfkartoffeln und ein Sommergemüse	Milchreis mit Zimt und Zucker, dazu ein Apfelpfannkuchen	Soja-Bits „Gyros Art“ mit Tzatziki-Dip, dazu Roggenbaguette und ein Cole Slow-Salat	Der Kleine Saal ist geschlossen!	Der Kleine Saal ist geschlossen!
FREITAG, 10.1.				
Putenspieß mit einer Geflügelsauce, dazu bunte Nudeln und ein Broccoligemüse	Seelachsfilet, natur mit einer Sauce Hollandaise, dazu Dillkartoffeln und ein Salat	Polenta-Häse-Schnitte mit einer Roggensauc, dazu Vollkornreis und ein Balkangemüse	Der Kleine Saal ist geschlossen!	Der Kleine Saal ist geschlossen!
MONTAG, 13.1.				
Das Angebot stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest	Das Angebot stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest	Das Angebot stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest	Das Angebot stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest	Das Angebot stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest
DIENSTAG, 14.1.				
Das Angebot stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest	Das Angebot stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest	Das Angebot stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest	Das Angebot stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest	Das Angebot stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest